



In fast jeder Nachrichtenmeldung zum Konflikt in Palästina taucht die Formulierung „radikalislamische“ Hamas auf. Diese Formulierung verkennt jedoch die Geschichte der Hamas und die jüngere Palästinenser-Politik des Staates Israel. Der ehemalige Nahostkorrespondent **Heiko Flottau**^[*] versucht dieses Thema für die NachDenkSeiten kritisch aufzuarbeiten und fragt sich nebenbei, warum noch niemand auf die Idee gekommen ist, die herrschenden Kräfte in Israel als „radikal-zionistisch“ zu titulieren.

„Vielleicht muss noch einmal erläutert werden, dass journalistisches Arbeiten tatsächlich aus Arbeit besteht. Dass es nicht nur um das Hinhalten eines Mikrofons oder einer Kamera geht, sondern um analytische, hermeneutische, kritische Arbeit, bei der es darauf ankommt, möglichst genau ein soziales, politisches, kulturelles Thema zu recherchieren, zu hinterfragen, zu erörtern. Es ist verwunderlich, wie fahrlässig manche TV-Redaktion sich selbst delegitimiert, indem sie so tut, als gäbe es das gar nicht: redaktionelle Arbeit.“

Formuliert hat diesen bemerkenswerten Satz die Publizistin Carolin Emcke in einer Kolumne der „Süddeutschen Zeitung“ vom 9. Juni 2018. In dem sehr lesenswerten Text geht es zwar in erster Linie um den Umgang der Medien, insbesondere des Fernsehens, mit dem Antisemitismus. Dennoch ist der Satz auf viele andere Themen und besonders auf gedankenlos dahingesprochene Formulierungen anwendbar, über deren Sinn und deren möglicherweise verheerende Effekte sich die jeweiligen Autoren schon lange keine Gedanken mehr machen.

Ein eher harmloses Beispiel für solche Gedankenlosigkeit ist die, stets so genannte, „internationale Gemeinschaft“. Wie an den täglichen politischen Prozessen leicht abzulesen ist, gibt es diese „Gemeinschaft“ nicht. Es gibt Staaten, die ihre jeweiligen nationalen

Interessen (bzw. jene Interessen, welche die Regierungen dieser Staaten als „national“ definieren) verfolgen. Das gilt selbst innerhalb der Europäischen „Union“. Von „Gemeinschaft“ ist auch in dieser Union kaum die Rede.

Ein wirklich verheerendes Beispiel für solch schädliche journalistische Routine ist fast täglich in der Berichterstattung über den Nahen Osten zu beklagen. Es geht um die Hamas. Nein, in diesem Text geht es nicht um eine Ehrenrettung der Hamas. Sie hat in Gaza ein islamistisches Regime errichtet, das viele Einwohner nicht befürworten. Dagegen geht es um die von Carolin Emcke angemahnte notwendige journalistische Arbeit – auf die selbstverständlich auch eine Organisation wie die Hamas Anspruch erheben darf. Die Hamas wird nämlich fast ausnahmslos mit dem Adjektiv „radikalislamisch“ garniert. Wie verhängnisvoll diese Formulierung für das Verständnis der nahöstlichen Situation ist, zeigen die jüngsten Demonstrationen der Palästinenser in Gaza gegen die israelische Besatzung – bei denen bis jetzt etwa 130 Palästinenser vom israelischen Militär erschossen wurden. **Wer hier „radikal“ handelt, liegt eigentlich auf der Hand. Von einem radikalzionistischen israelischen Militär, das mal eben Dutzende Palästinenser erschießt, ist indessen niemals die Rede.**

Dass die Demonstrationen ursprünglich von Mitgliedern der Zivilgesellschaft organisiert worden sind, ging unter dem ständigen Mantra der „radikalislamischen“ Hamas unter, die sich den Demonstrationen angeschlossen, sie aber ursprünglich nicht organisiert hatte. In einem Korrespondentenbericht des öffentlich-rechtlichen Fernsehens war innerhalb von eineinhalb bis zwei Minuten etwa dreimal von der „radikalislamischen“ Hamas die Rede. Selbst der begnadete ZDF-Moderator Claus Kleber benutzt gedankenlos dieses den wahren Charakter der Hamas verhüllende Adjektiv. Wenn es um den israelisch-palästinensischen Konflikt geht, kommt keine Tagesschau, keine Tagesthemensendung, keine ZDF-Heute-Sendung und kein ZDF-Heute-Journal ohne dieses diskriminierende Adjektiv aus. Diese verhängnisvolle Wortwahl verschleiern nämlich die wahren Beweggründe des palästinensischen Protestes: der „Marsch der Rückkehr“, wie ihn die Palästinenser von Gaza nennen, soll nämlich an die Vertreibung von etwa 750 000 Palästinensern erinnern, die bei der Gründung des Staates Israel ihr Land verlassen mussten.

Macht man sich nun an die von Carolin Emcke angemahnte journalistische Arbeit, dann müsste man sich als erstes mit der Frage beschäftigen, was Hamas eigentlich bedeutet. Hamas ist im Arabischen ein Akronym für Ḥarakat al-muqāwama al-islāmiyya und bedeutet nichts anderes als „Islamische Widerstandsbewegung“. Warum aber „islamisch“? Ganz einfach. Nachdem die durch und durch säkulare „Palästinensische Befreiungsorganisation“ (PLO) Jassir Arafats mit allen Bemühungen um die Gründung eines eigenständigen palästinensischen Ministaates gescheitert war (vornehmlich deshalb, weil Israel einen

solchen Staat nicht an seiner Seite haben will), taten sich Mitglieder der palästinensischen Muslimbruderschaft (u.a. Scheich Ahmed Jassin und Abdel Asis Rantisi, beide später von Israel getötet) zusammen und versuchten, dem palästinensischen Widerstand ein neues Gesicht, ein islamisches Gesicht zu geben. Daran ist zunächst einmal nichts „Radikalislamisches“. Im Gegenteil. Israel kam die Gründung der Hamas sogar zunächst zupass. Seine Regierung versuchte, die Hamas gegen die PLO auszuspielen und so den palästinensischen Widerstand zu schwächen. Später versuchte der damalige Premier Ariel Sharon, den Kampf gegen die Hamas als einen Teil des weltweiten Kampfes der USA gegen den Terrorismus zu bezeichnen – eine propagandistisch geschickte, aber sachlich irreführende Politik, weil die Hamas kaum ein Teil des weltweiten Terrorismus ist, sondern in erster Linie gegen die israelische Besatzung kämpft.

Nachdem schließlich die so genannte internationale Gemeinschaft – in diesem Falle in erster Linie die USA und die EU – zur Legitimierung der Palästinensischen Selbstverwaltungsbehörde freie Wahlen verlangte, ging im Jahre 2006 die Hamas als Siegerin aus dieser Abstimmung hervor. Aber: die Menschen im Westjordanland und im Gazastreifen wählten die Hamas nicht etwa deshalb, weil sie eine „radikalislamische“ Regierung an der Macht sehen wollten. Sie wählten die Hamas, weil die konkurrierende PLO in all ihren Bemühungen um die Gründung eines palästinensischen Staates gescheitert war und weil die PLO in einem Sumpf von Korruption zu versinken drohte. Selbst arabische Christen aus Beit Jala bei Bethlehem entschieden sich dafür, wie sie dem Autor dieser Zeilen sagten, ihre Stimme der Hamas zu geben. Bemerkenswert ist im Übrigen, dass die Hamas in ihrem Wahlprogramm seinerzeit ausdrücklich die Beachtung bestehender Verträge – also die Einhaltung der Osloverträge von 1993 und 1995 – versprochen hatte.

Doch es nützte nichts. Die „internationale Gemeinschaft“ hatte einen Sieg der PLO bzw. der Fatah-Partei (gegründet von Jassir Arafat) erwartet, die sich allen Forderungen der USA, der EU und Israels gebeugt hatte. Ein Sieg der Hamas war in den politischen Kalkulationen nicht vorgesehen. Man weigerte sich (dies ist jetzt eine verkürzte Darstellung), mit der Hamas zusammenzuarbeiten und machte ihr den Sieg streitig. Die Folge war ein blutiger Konflikt zwischen Hamas und der PLO, in dessen Verlauf die Hamas die Kontrolle im Gazastreifen übernahm, wo sie – das wird meistens übersehen – einem Putsch von Mohammed Dahlan, dem skandalumwitterten PLO-Sicherheitschef in Gaza, zuvorkam. Eine Regierung der korrupten PLO wollten aber die Palästinenser in Gaza ebenso wenig wie ihre Landsleute im Westjordanland. Bemerkenswert auch, wie die USA und die EU keine Lehre aus den algerischen Ereignissen gezogen haben. Nachdem dort in den Wahlen von 1991 im ersten Wahlgang die Islamische Heilsfront an erster Stelle lag, annullierte die Regierung die Wahlen. Es folgte ein mehrjähriger blutiger Bürgerkrieg. In Gaza folgte ein Kleinkrieg der

Hamas gegen Israel. Statt die Hamas in den politischen Prozess einzubeziehen und dadurch zu zähmen, wie man das einst mit der PLO und Jassir Arafats Fatah-Bewegung getan hatte, verweigerte man der Hamas, die Früchte des demokratischen Wahlgangs zu ernten - und „radikalisierte“ die Hamas.

Natürlich kann man diesen gesamten Prozess nicht in jeder Nachricht oder in jeder Hintergrundsendung so ausführlich darlegen. Aber um den palästinensischen Widerstand nicht ständig durch das Mantra von der radikalislamischen Hamas zu diskreditieren, genügte es ja schon, wenn man einfach von „Islamischer Widerstandsbewegung“ sprechen würde. Oder man müsste - wenn man die von Carolin Emcke eingeforderte journalistische Arbeit weiter verweigerte - zum Ausgleich zur radikalislamischen Hamas von dem „radikal-nationalistisch-zionistischen Premier Benjamin Netanjahu sprechen.

Aber Achtung: kein Redakteur, der eine solche Formulierung benützte, würde lange auf seinem Posten verweilen. Für seine Absetzung würde die radikal-zionistische Lobby mit Sicherheit sorgen.

[<<*] **Heiko Flottau** war von 1985 bis 1992 und von 1996 bis 2004 Nahostkorrespondent der Süddeutschen Zeitung, mit Sitz in Kairo, von 2005 bis 2009 freier Journalist in Kairo.